

JUGENDPARLAMENT BREMERHAVEN

03.12.2025

Einladung zum 4. Gesamtremium des zweiten Jugendparlaments

Liebes Mitglied des Jugendparlaments,
hiermit lade ich euch zum 4. Gesamtremium des Jugendparlaments ein. Es wird für Mittagessen gesorgt, aber kein Frühstück geben.

Sitzungstermin: 13.12.2025 – 11:00 - 17:00 Uhr

Ort: Haus der Jugend, Saal, Rheinstraße 109, 27570 Bremerhaven

Die vorläufige Tagesordnung sieht aktuell vor:

TOP 1: Abstimmung über die Tagesordnung

TOP 2: Abstimmung über das Protokoll der letzten Sitzung

TOP 3: Schließung der AG Umwelt und Klima

TOP 4: Berichte aus den AGs

TOP 4.1: Infrastruktur

TOP 4.2: Events

TOP 4.3: Hilfe und Bildung

TOP 4.4: Öffentlichkeitsarbeit

TOP 4.5: Alltäglich Probleme (Schule)

TOP 5: Anträge

TOP 5.1: Antrag 1: Diskothek für Jugendliche in Bremerhaven

TOP 5.2: Antrag 2: Lasst uns unseren Spaß – Angebot der Freizeit erweitern

TOP 5.3: Antrag 3: Mehr Reichweite auf Social Media, um Jugendliche zu erreichen

TOP 5.4: Vorlage 1: Ruheräume

TOP 6: Berichte aus dem Vorstand

TOP 7: Berichte aus Gremien

TOP 7.1: Bericht vom Unterausschuss

TOP 7.2: Bericht vom Jugendhilfeausschuss

TOP 7.3: Bericht aus dem Ausschuss für Schule und Kultur

TOP 8: kurzfristige Abmeldungen

TOP 9: Jury Landeszentrale

TOP 10: Migrationsrat

TOP 11: Ausschuss für Schule und Kultur

JUGENDPARLAMENT BREMERHAVEN

TOP 12: Förderrichtlinien

TOP 13: Verschiedenes

Solltet ihr an dem Termin nicht anwesend sein können, meldet euch bitte bei dem Koordinator für das Jugendparlament ab.

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag gez.

Donato Bliek

JUGENDPARLAMENT BREMERHAVEN

Antrag 1

Diskothek für Jugendliche in Bremerhaven

Seit Jahren hat sich das Nachtleben in Bremerhaven immer weiter zurückentwickelt. Mittlerweile gibt es keine vernünftigen Clubs oder Diskotheken für Jugendliche und junge Erwachsene mehr.

Wenn junge Menschen feiern gehen möchten, müssen sie bis nach Cuxhaven zum „Janssen Tanzpalast“ oder nach Lintig zum „Roes“ fahren. Diese Orte sind jedoch nur mit dem Auto erreichbar. Das ist problematisch, weil Jugendliche nicht so mobil sind, wie Erwachsene. Wir sehen in der schlechten Erreichbarkeit auch ein Sicherheitsrisiko für junge Menschen durch sogenannte „Discounfälle.“

Ein aktives Nachtleben ist für eine Stadt essenziell insbesondere, um sie für Studierende und junge Menschen interessant und lebendig zu halten. Das bedeutet, dass Bremerhaven für potenzielle Studierende und Auszubildende attraktiver werden könnte. Dadurch könnten Jugendliche motiviert werden nicht aus Bremerhaven wegzuziehen oder hierher zu ziehen.

Durch eine Diskothek kann eine Ausgewogenheit bei dem Kulturangebot der Stadt Bremerhaven bei verschiedener Zielgruppen und Altersgruppen erzeugt werden.

Der Ausschuss soll beschließen:

Das Kulturamt soll prüfen, welche Schritte unternommen werden können, um eine Diskothek für junge Menschen ab 16 Jahren in Bremerhaven einzurichten. Hierzu könnten zum Beispiel zählen: eigene Veranstaltung einer Disco oder die Subventionierung eines Stadtorts durch die Stadt Bremerhaven. Das Kulturamt soll dem Ausschuss bei der nächsten Sitzung berichten.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

JUGENDPARLAMENT BREMERHAVEN

Antrag 2

Lasst uns unseren Spaß – Angebot der Freizeit erweitern

Die Freikarte bleibt bis 2027 bestehen. Das ist eine gute Nachricht! Der finanzielle Rahmen bleibt unverändert, doch es gibt eine wichtige Einschränkung: Die Nutzung der Freikarte auf Volksfesten (wie z.B. dem Jahrmarkt in Bremerhaven) ist künftig nicht mehr möglich.

Die Freikarte ist wichtig für Jugendliche, denn sie ermöglicht Jugendlichen, ihre Freizeit unabhängig von ihren Erziehungsberechtigten und den finanziellen Mittel, welche die Erziehungsberechtigten zur Verfügung stellen können oder wollen, zu gestalten.

Darüber hinaus erhöht die Freikarte die Attraktivität des Landes Bremen für Familien, da sie den Zugang zu kulturellen und sozialen Angeboten ermöglicht. Gleichzeitig trägt sie maßgeblich zur sozialen Teilhabe bei, indem sie Kindern und Jugendlichen die Teilnahme an Freizeitaktivitäten mit anderen Jugendlichen ermöglicht.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Dezernent soll beim Senat in Bremen darauf hinwirken, dass das Angebot der Freikarte erweitert wird. Hierbei ist für die Kinder und Jugendlichen besonders wichtig, dass die Freikarte an mehr Stellen angenommen wird und dieses besonders weiterhin auf Volksfesten. Sinnvoll wären weiterhin eine Ausweitung auf kostenpflichtige Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche. Des Weiteren sollte der Dezernent eine Prüfung der Aufstockung des Budgets der Freikarte anregen. Der Ausschuss fordert den Dezerenten dazu auf, dem Ausschuss bei der nächsten Sitzung über die Ergebnisse zu informieren.

Begründung

Die finanzielle Situation vieler Jugendlicher ist angespannt. Einzelne Jugendliche verspüren den Zwang zum Arbeiten, um am sozialen Leben teilzunehmen. Dieses kann unter Umständen negative Folgen auf die Schule haben. Dagegen kann die Freikarte helfen.

Dieses heißt auch, dass ein Quasiausschluss mit der neuen Regelung vom Jahrmarkt von Kindern und Jugendlichen, deren Familien über wenig Geld verfügen, erzeugt wird.

Es muss darauf hingewiesen werden, dass die Freikarte kein Kulturpass ist, der einen Anreiz schaffen sollte kulturelle Veranstaltungen zu besuchen. Im Gegenteil wurde vom Senat immer damit geworben, dass die Freikarte auf Volksfesten genutzt werden kann (so z. B. in der PM des Senats vom 19.10.2024: Freikarte und Freimarkt – das passt). Ein Wegfallen der Möglichkeit die Freikarte auf dem Jahrmarkt zu nutzen, ist entsprechend nicht nachvollziehbar.

Aus Studien geht hervor, dass die Belastung von Kindern und Jugendlichen sehr stark zugenommen hat. Entsprechend ist es wichtig, dass Kinder und Jugendliche die Möglichkeit frei einen Ausgleich in der Freizeit zu finden.

JUGENDPARLAMENT BREMERHAVEN

Darüber hinaus bietet die Freikarte den Vorteil, dass Kinder und Jugendliche lernen können mit eigenem Geld umzugehen ohne in finanzielle Notlagen gelangen zu können und unabhängig von ihrem Elternhaus. Aktivitäten wie ein Jahrmarktbesuch ist eine gute Möglichkeit, dass Jugendliche nach draußen gehen und sich von ihren Handys lösen können.

Weitere Begründungen erfolgen mündlich.

JUGENDPARLAMENT BREMERHAVEN

Antrag 3

Mehr Reichweite auf Social Media, um Jugendliche zu erreichen

Jugendliche sind heutzutage am besten über TikTok zu erreichen. Die Plattform gewinnt an Einfluss und ist aus dem Medienkonsum junger Menschen nicht mehr wegzudenken. Um diese Zielgruppe effektiv anzusprechen, sollte Bremerhaven die Möglichkeiten von TikTok nutzen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat soll prüfen, ob die Verwaltung Bremerhaven TikTok als Kommunikationskanal einführen sollte. TikTok könnte für die Accounts der Seestadt Bremerhaven, des Jugendparlaments sowie weiterer Einrichtungen genutzt werden, die sich an Jugendliche richten. Die Ergebnisse dieser Prüfung sollen im nächsten Ausschuss vorgestellt werden.

Begründung

Erfahrungen zeigen, dass Jugendliche TikTok intensiv nutzen. Die Plattform ist bei jungen Menschen besonders beliebt und bietet somit eine direkte Möglichkeit, diese Zielgruppe zu erreichen.

Die "For You"-Funktion von TikTok ermöglicht es, Inhalte schneller und gezielter an Nutzer:innen zu verbreiten als auf anderen Plattformen wie Instagram. Dadurch kann die Reichweite deutlich gesteigert werden.

Andere Behörden nutzen TikTok bereits erfolgreich, um mit Jugendlichen in Kontakt zu treten. Diese positiven Erfahrungen zeigen, dass die Plattform ein wirksames Instrument für die Jugendansprache sein kann.

Durch die Nutzung von TikTok kann die Reichweite auf Social Media deutlich erhöht werden. Dies stärkt die Sichtbarkeit und den Einfluss der eigenen Arbeit bei Jugendlichen.

TikTok ist die Social-Media-Plattform, die von Jugendlichen am häufigsten genutzt wird. Wer junge Menschen erreichen möchte, kommt an TikTok nicht vorbei.

Jugendliche sind auf TikTok am besten zu erreichen. Die Plattform bietet die Möglichkeit, Inhalte kreativ und ansprechend zu gestalten, was die Aufmerksamkeit und das Engagement der Zielgruppe erhöht.

Weitere Begründungen erfolgen mündlich.

JUGENDPARLAMENT BREMERHAVEN

Vorlage 1

A Problem

Der Schulalltag kann von Schüler:innen manchmal als überwältigend wahrgenommen werden. Die Schule ist für viele nicht nur ein Lernort, sondern auch ein Lebensort. Gerade da sich die Schultage weiter verlängern. Sie müssen sich oft nicht nur mit schulischen Inhalten beschäftigen, sondern auch mit privaten Problemen. Diese können manchmal emotional herausfordern sein. Bis jetzt fehlt an den meisten Schulen ein Ort, an dem sie sich zurückziehen können, um ihre Emotionen in einem sicheren Ort verarbeiten zu können oder an dem sie für sich Schutz finden.

B Lösung

Das Jugendparlament setzt sich dafür ein, dass an jeder Schule der Stadt geprüft wird, ob die Einrichtung eines Ruheraums in einem leerstehenden Raum der Schule möglich ist. Der Raum soll von allen Schüler:innen gleichermaßen genutzt werden können. Der Ruheraum soll im Regelfall verschlossen sein. Schüler:innen können sich in eine Liste eintragen und einen Schlüssel für den Raum erhalten. Dadurch soll auch dem Vandalismus vorgebeugt werden.

C Alternativen

Keine.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Finanzielle Auswirkungen ergeben sich nur dann, wenn ein Raum hergerichtet werden muss.

Es entstehen keine personalwirtschaftlichen Auswirkungen.

Es liegen keine genderrelevanten oder klimaschutzrelevanten Auswirkungen vor. Von dem Beschlussvorschlag sind weder die besonderen Belange von Menschen mit Behinderung, des Sports oder ausländischer Mitbürger:innen betroffen. Die Vorlage betrifft auch keine Stadtteilkonferenz, die informiert werden müsste. Die besonderen Belange von Kindern, Jugendlichen und jüngeren Erwachsenen wurden überprüft und die Beteiligung an sie betreffenden Themen dokumentiert.

E Beteiligung / Abstimmung

JUGENDPARLAMENT BREMERHAVEN

Der Beschlussvorschlag wurde mit dem SSR (Stadtschüler:innenring) besprochen und von diesem befürwortet.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremerIFG

Eine Veröffentlichung erfolgt nach den Vorgaben des Bremischen Informations- und Freiheitsgesetzes.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Schule und Kultur befürwortet die Einrichtung von Ruheräumen an Schulen und beauftragt das Schulamt zur Prüfung von räumlichen Kapazitäten. Dem Ausschuss für Schule und Kultur soll über das Ergebnis berichtet werden.